

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 08.12.2009
Sitzung Nummer:	2 (02/JHA 2009)
Sitzungsdauer:	18:30 - 19:55 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Dr. Michael Kühn
Vorsitzender

Martina Friedrichs
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Michael Kühn

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ralf Bergmann
Herr Marcus Graubner
Herr Horst Janas
Herr Waldemar Schreiber
Herr Peter Zimmermann
Herr Ewald Kittner
Frau Petra Panse
Frau Anja Seiler
Herr Bernd Zürcher

beratende Mitglieder

Herr Michael Görnemann
Frau Heidemarie Henning
Herr Carsten Kloth
Frau Kathrin Müller
Frau Anneliese Raup
Frau Carola Schulz
Herr Carsten Wulfänger

Protokollführer

Frau Martina Friedrichs

Gäste

Herr Thomas Pusch
Frau Kerstin Schmidt
Herr Holger Thiel

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerald Eisenhut

beratende Mitglieder

Frau Stephanie Mertens
Frau Rabea Reinhold

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 1. Sitzung vom 10.11.2009
 - 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes für das Land Sachsen-Anhalt 2010
 - 5 Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 083/2009
 - 6 Antrag freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Personalkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 079/2009
 - 7 Antrag freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Sach-, Betriebs- und Honorarkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 081/2009
 - 8 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 082/2009
 - 9 Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses zum Entwurf des Landeshaushaltes 2010/2011, Bezug: Schreiben des Kinder- und Jugendringes Sachsen-Anhalt vom 22.10.2009 (ist Ihnen bereits mit dem Protokoll der letzten Sitzung zugegangen - bitte mitbringen)
 - 10 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Kühn eröffnet um 18.31 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Dr. Kühn stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung werden folgende Änderungen vorgeschlagen. Als Punkt 4 wird die Beschlussvorlage „Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes für das Land Sachsen-Anhalt 2009“ eingefügt. Der Tagesordnungspunkt 9 – „Informationen zur Struktur und den Aufgabenbereichen des Jugendamtes – BE: Frau Müller“ wird aus technischen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 1. Sitzung vom 10.11.2009

Herr Dr. Kühn stellt die Niederschrift der 1. Sitzung vom 10.11.2009 fest.

zu TOP 4 Stellungnahme des Landkreises Stendal zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes für das Land Sachsen-anhalt 2010

Herr Michaelis, Leiter des Bauordnungsamtes des Landkreises Stendal, gibt eine kurze Einführung und erläutert die Stellungnahme. Aktuelle Anlässe sind das stärker durchschlagende Thema der Demografie und die Globalisierung und das Zusammenwachsen Europas.

Herr Graubner vermisst in der Stellungnahme die Barrierefreiheit.

Frau Raup und Herr Michaelis erklären aber, dass der Punkt Barrierefreiheit enthalten ist.

Herr Graubner fragt, nach welchen Kriterien der Entwurf aufgestellt wurde und wo die Prioritäten gesetzt wurden (z. B. Tangerniederung, Secantsgraben).

Herr Michaelis muss erst mal passen.

Herr Dr. Kühn fragt, wann der LEP durch den Landtag gehen soll.

Herr Bergmann hofft, noch vor der Sommerpause.

Uns interessieren ja hier eigentlich auch nicht die Dinge wie Naturschutz usw., aber alle FFH-Gebiete wurden mit aufgenommen in den Plan, weil sie aufzunehmen sind. Der LEP hat eine zweite Runde durchlaufen. Im Landtag wurde besonders auf das Kapitel „Daseinsvorsorge“ geachtet. Das soll den Ausschussmitgliedern bekannt sein. Der LEP steht im Internet und man kann sich das Kapitel „Daseinsvorsorge“ ansehen. Ich meine, das größte politische Problem im Landkreis Stendal ist nicht die A 14 und nicht das Steinkohlekraftwerk Arneburg, sondern die demografische Entwicklung hier in der Region. Es ist aber auch immer noch verbesserungswürdig.

Zum Einwurf Barrierefreiheit: Das ist nicht nur Bestandteil, das ist in Sachsen-Anhalt in allen einschlägigen Gesetzen verankert.

Frau Müller erklärt, dass wir uns genau zum Thema Daseinsvorsorge im Rahmen der Stellungnahme zum 1. Entwurf sehr viel Mühe gegeben haben; was dann im ersten Entwurf stand, war nicht ausreichend. Wenn man den ersten mit dem zweiten Entwurf vergleicht, ist ein deutlicher Qualitätssprung zu verzeichnen. Dieser LEP, bezogen auf die Daseinsvorsorge, ist nur der Rahmen – es muss vor Ort gelebt und ausgekleidet werden. Wie soll ich z. B. familienfreundlich sein, wenn ich gleichzeitig den Leuten die Möglichkeit nehme, so etwas real in Anspruch nehmen zu können. Insofern ist der 2. Entwurf deutlich besser.

Herr Bergmann konnte aus der Stellungnahme nicht erkennen, ob es „positiv“ aufgenommen wurde, es waren weder Jugendamt noch Jugendhilfeausschuss aufgeführt, er fand es aber wichtig, dass man sich mit den Aussagen mal beschäftigt. Z. B. „kleine Schulen auf dem Lande“, das sind Themen, die uns in Zukunft immer wieder beschäftigen werden. Wir haben genügend Handlungsbedarf.

Herr Schreiber spricht noch mal die 70 Einwohner/km² an – da heißt es „dünn besiedelte Räume“. Könnte es für uns nicht besser „dünn besiedelte Räume“ heißen?

Herr Bergmann erläutert, dass die Zahl „unter 70 Einwohner“ definiert ist. Es bringt keine zusätzlichen Punkte. Für Ausnahmen wurde „Region mit unter 70 Einwohnern“ definiert, das wird auch durch eine sprachliche Veränderung nicht anders werden.

Herr Michaelis erklärt, dass das auch so im Landesplanungsgesetz gesetzlich verankert ist.

Herr Bergmann schlägt vor: Bis zum 31.12.2009 können Stellungnahmen im Land abgegeben werden. Jeder, dem noch etwas auffällt, könnte dieses an Frau Müller weiterleiten. Es kann aber auch jeder Bürger seine persönliche Stellungnahme abgeben.

**zu TOP 5 Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 083/2009**

Frau Müller erläutert die DS-Nr. 083/2009. Immer zum Jahresende beschäftigt sich der JHA mit der Verteilung der finanziellen Mittel für das Folgejahr. Wir machen das grundsätzlich so, dass die Grundsatzbeschlusslage hergestellt wird, auch wenn der Haushalt des Landkreises noch nicht beschlossen bzw. noch nicht rechtskräftig ist, damit wir ein Mindestmaß an Handlungssicherheit gewinnen können und die Fortführung der Jugendarbeit über den 01.01. hinaus absichern können. Die DS-Nr. 083 ist die Vorlage, in der die Gesamtzusammenfassung steht. Wir haben für die Jugendarbeit insgesamt 491.000 Euro zur Verfügung, diese setzen sich aus Landeszuweisungen und Landkreismitteln zusammen. Dieser Betrag ist in der Gesamtsumme seit ca. fünf Jahren konstant. Sie finden diese Summen auch im Haushaltsplan wieder, allerdings nicht in der Einzelaufschlüsselung. Wir teilen hier mit den Folgebeschlussachen dann diese Gesamtsumme in einzelne „Förderschubladen“ auf.

Alles, was wir finanzieren, finanzieren wir in bestehende Strukturen rein und auf der Basis der aktuellen Förderrichtlinie.

Frau Müller erklärt nun die Anlagen etwas detaillierter.

Insgesamt kommen wir tatsächlich auf die 491.900 Euro, die uns voraussichtlich zur Verfügung stehen werden. Da ist ein gewisser Anteil an Landeszuweisungen drin; diese standen insofern auf der Kippe, da das Land zuerst beabsichtigt hatte, die Zweckbindung rauszunehmen. Nach meinem momentanen Kenntnisstand ist das aber wieder vom Tisch, so dass die Zuweisung über den Finanzausgleich auch weiter mit Zweckbindung erfolgen soll.

Bei den informativischen Anlagen 2 bis 4 kann man in jedem Jahr neu sehen, wenn man die Gesamtmittel, die zur Verfügung stehen, mal aufschlüsselt und aufrechnet, wieviel territorial in den Landkreis fließt und wohin; dann sieht man, dass insgesamt betrachtet die Förderung des Landkreises sehr ausgewogen ist. Die Anlage 2 ist eine Aufschlüsselung, wie die Zuwendung, umgerechnet auf die Territorien, beantragt worden ist. Die Anlage 3 stellt die Mittelverteilung, allerdings ohne Fachkräfteprogramm, dar. Die Anlage 4 listet die vorgeschlagenen Zuwendungen mit Fachkräfteprogramm auf.

Herr Zürcher meint, dass die Arbeit nach diesen Konzept sich seit Jahren bewährt hat und befürwortet diese Verfahrensweise.

Herr Dr. Kühn lässt über die DS-Nr. 083 abstimmen. Der DS-Nr. 083 wird einstimmig zugestimmt.

**zu TOP 6 Antrag freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Personalkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 079/2009**

Frau Müller erläutert die Vorlage. Die Personalkostenförderung entspricht den derzeitigen Strukturen, die wir haben und sichert die Regelfinanzierung. Diese Aufschlüsselung beinhaltet nicht das Fachkräfteprogramm, das ist nur die Förderung der Personalkosten nach Förderrichtlinie des Landkreises.

Herr Dr. Kühn vergewissert sich noch einmal, dass diese Kosten genauso hoch sind wie im letzten Jahr.

Frau Müller bejaht dieses grundsätzlich, bis auf einige kleine Differenzen, die sich aus den konkreten Stundenzahlen oder Tarifveränderungen ergeben haben.

Herr Schreiber hinterfragt noch mal die Gesamtsumme für den Bereich Bismark (aus der DS 083 – Anlage 2 – 4).

Frau Müller erklärt, dass es sich einmal um Förderung mit Fachkräfteprogramm und einmal um Förderung ohne Fachkräfteprogramm handelt und einmal geht es um Personalkostenförderung und einmal um Sachkostenförde-

Die Anlagen 2, 3 und 4 aus der DS-Nr. 083 müssen nicht zwangsläufig mit der Einzelsumme übereinstimmen, weil das eine Zusammenstellung aus verschiedenen Fördertöpfen ist.

Herr Dr. Kühn lässt über die DS-Nr. 079 abstimmen. Der DS-Nr. 079 wird einstimmig zugestimmt.

**zu TOP 7 Antrag freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen zu den Sach-, Betriebs- und Honorarkosten in Jugendfreizeiteinrichtungen des Landkreises Stendal im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 081/2009**

Frau Müller erläutert kurz die Drucksache.

Herr Dr. Kühn lässt über die DS-Nr. 081 abstimmen. Der DS-Nr. 081 wird einstimmig zugestimmt.

**zu TOP 8 Anträge freier und kommunaler Träger auf Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen im Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 082/2009**

Frau Müller erklärt die Drucksache. Wir wollen nur das fortführen, was in den Vorjahren geschaffen und aufgebaut wurde und aus unserer Sicht für die Grundversorgung für die Jugendarbeit hier im Landkreis notwendig ist und sich auch bewährt hat. Wer finanziert die Differenz zwischen den Gesamtkosten und der Fördersumme? Zum großen Teil die Gemeinden vor Ort, in denen die Kollegen der mobilen Jugendhilfe tätig sind, das ist nicht immer selbstverständlich.

Herr Kittner fragt nach, ob das für die Träger abgesichert ist, dass die Kommunen ihren Teil dazu leisten, oder kann das auch mal zur Gefährdung der Maßnahme führen? Wird das alles vertraglich geregelt?

Frau Müller erklärt, dass dann noch mal mit den Bürgermeistern gesprochen werden würde. Die meisten Bürgermeister wissen zu schätzen, dass die Betreuung der Jugendlichen mit einem gewissen Mindestmaß über diesen Weg auch abgesichert wird.

Wir regeln das mit dem Träger, das ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen uns, dem Träger und den Kommunen vor Ort.

Herr Bergmann teilt mit, dass Verträge mit den Trägern geschlossen werden.

Frau Panse erklärt, es gibt Bürgermeister, die das Angebot ablehnen, dann gehen wir in andere Orte und bieten das an. Aber das ist nun mal offene mobile Jugendarbeit auf dem Lande, da entscheidet dann der Gemeinderat.

Herr Bergmann erklärt, dass diese Ausführungen die Situation auf den Dörfern zeigt. Das ist das strukturelle Problem, es sind keine festen Einrichtungen da. Das Angebot ist wichtig und notwendig, es kann aber weder Bürgermeister noch Träger dafür garantieren, dass es in jedem Jahr und in jedem Ort gut läuft.

Herr Dr. Kühn lässt über die Vorlage abstimmen. Der DS 081 wird einstimmig zugestimmt.

zu TOP 9 Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses zum Entwurf des Landeshaushaltes 2010/2011, Bezug: Schreiben des Kinder- und Jugendringes Sachsen-Anhalt vom 22.10.2009 (ist Ihnen bereits mit dem Protokoll der letzten Sitzung zugegangen - bitte mitbringen)

Herr Dr. Kühn stellt fest, dass es hier um die Förderung ab dem Jahr 2011 geht.

Herr Bergmann unterstützt diese Stellungnahme. Das neue Finanzausgleichsgesetz wird relativ sicher am 10.12. im Landtag verabschiedet. Es ist umgestellt auf ein neues System, so wie es viele Städte und Gemeinde in der Vergangenheit gefordert haben, es ist eine aufgabenbezogene Finanzierung, das macht auch Sinn. Daraus resultierte die Tatsache, dass die Zweckbindung anfangs im Innenministerium im Gesetzesentwurf für die Jugendpauschale nicht mehr vorgesehen war. Es ist eine Aufgabe der Landkreise, diese bekommen auch das Geld und können das Geld in Eigenregie verwalten. Als Landespolitiker mussten wir sehen, dass das Vertrauen in die Kreispolitiker nicht so groß ist. Man wollte schon, dass das Land den Fuß noch in der Tür hat und sagt, die Jugendpauschale muss zweckgebunden für die Jugendarbeit verwendet werden. Das Gesetz wird so beschlossen, es wird „zweckgebunden“ im Gesetzesentwurf sein. Das Fachkräfteprogramm wird im Jahr 2010 nochmals mit 70 % finanziert und 30 % liegen beim Landkreis. Für 2011 ist eine Halbierung von 50:50 vorgesehen. So wird es sicherlich auch am Donnerstag beschlossen. Die Sozialpolitiker diskutieren mit den Finanzpolitikern bei einer verbesserten finanziellen Gesamtsituation und wir möchten erreichen, dass auch 2011 wieder die 70:30-Förderung erfolgen kann. Es ist eine Frage, was demnächst bei der Steuerschätzung reinkommt. Vor diesem Hintergrund stimme ich dem Brief zu.

Herr Dr. Kühn fragt nach, wenn die 50:50-Förderung kommt, muss die Jugendarbeit eingestellt werden?

Frau Müller erklärt, die Kommunen oder der Landkreis könnten die Differenz nicht auffangen, das würde ich so unterstellen. Wenn man weiterdenkt, würde das bedeuten, dass man einen Teil der Jugendarbeit, die ja nun mal nur mit Personal funktioniert, nicht mehr machen kann. Wir haben derzeit im Fachkräfteprogramm acht Sozialpädagogen im Landkreis, die in Voll- oder Teilzeit arbeiten. Wenn dann ein großer Teil der Förderung fehlt und nicht anderweitig zu beschaffen ist, könnte das sehr schwierig werden. Wir sind momentan zufrieden damit, dass wir das Niveau, was wir seit Jahr halten konnten, auch unter schwierigen Bedingungen, aber wenn wir das noch weiter runterfahren müssten, wäre das sehr schlimm.

Herr Dr. Kühn schlägt vor, dass diese Stellungnahme beschlossen wird und sie auch frühzeitig dem Landtag vorliegt.

Herr Wulfänger begrüßt diese Vorgehensweise grundsätzlich. Die Frage ist: Kann der Kreishaushalt es auffangen, wenn eine Absenkung von 70:30 auf 50:50 kommt. In der Haushaltskonsolidierung sind bestimmte Prämissen festgelegt und es wird zukünftig schwierig sein, dort etwas raufzupacken. Wir haben Mühe, für nächstes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Ab 2011 soll das strukturelle Defizit abgebaut werden. Man sollte unbedingt versuchen, bei der Förderung von 70:30 zu bleiben. Wenn die Leute in Magdeburg nicht wissen, wo unser Problem ist, werden sie sicherlich auch nicht gegensteuern.

Herr Bergmann bekräftigt, dass Finanzpolitik ein ganz schwieriges Feld ist. Im FAG wird der Landkreis Stendal, anders als im ersten Entwurf, jetzt mehr Geld bekommen, das sind ca. 2 Mio. € mehr als in den vergangenen Jahren; das hilft dem Landkreis nicht wirklich weiter. Es wird eine lange Konsolidierungsstrecke bleiben. Es wird einen Nachtragshaushalt geben zum jetzt verabschiedeten Doppelhaushalt. Wir müssen auf beiden Ebenen sehen, wie das zu finanzieren ist, deshalb werde ich dieser Resolution zustimmen. Andererseits müssen wir im Kreistag schauen, wie wir sinnvollerweise mit den Geldern umgehen und wo wir den Schwerpunkt innerhalb unseres Aufgabenspektrums sehen. Dazu soll sich der Kreistag auch bekennen.

Herr Wulfänger erklärt noch einmal zu den Zahlen: Wir bekommen nicht 2 Mio. Euro mehr in 2010 als in 2009, sondern wir bekommen weniger. Zusätzlich gibt es dieses Jahr eine Überzahlung; aufgrund der Wirtschaftskrise hätten wir weniger kriegen müssen. Es gab eine Überzahlung, diese wird in den nächsten drei Jahren verrechnet werden, so dass wir mehrere Millionen als Defizit haben werden. Wenn der Landkreis Stendal das gleiche Geld in 2010, 2011 bekommen würde, wie er es in 2009 bekommen hat, würden wir auch einen ausgeglichenen Haushalt haben. Aber nach derzeitigem Kenntnisstand ist das nicht der Fall.

Herr Bergmann korrigiert sich. Der Landkreis bekommt gegenüber dem vorigen Entwurf 2 Mio. Euro mehr, nicht gegenüber dem letzten Jahr. Der Vorteil des neuen FAG ist der, dass hier 1,6 Mrd. Euro für die nächsten Jahre gesetzt sind, d. h., es kann dann auch nicht weniger werden, es bekommen alle das Gleiche. Das zu Zeiten der Wirtschaftskrise ist eine absolut große Geste. Ich bin überzeugt, es wird erst dann wieder über das FAG diskutiert, wenn die Steuereinnahmen deutlich nach oben gehen. Wenn wenig da ist, kann wenig verteilt werden.

Herr Graubner weiß, dass das Land Verantwortung hat für das gesamte Land, aber mir ist keine Region der Altmark bekannt, die von diesem FAG profitieren wird, im Gegenteil. Ich kann den Optimismus nicht teilen und würde mir wünschen, dass wir in der Jugendarbeit den Standard halten können. Aber ich fürchte, dass wir uns nicht nur über Jugendarbeit unterhalten müssen, sondern über ganz andere Dinge, die die Kommunen dann nicht mehr leisten können. Das Gesetz ist noch nicht beschlossen und möchte Herrn Bergmann bitten, die Bedenken von den Gremien (Städte- und Gemeindebund, Bürgermeister, Ausschüsse) auch in die Abstimmung am Donnerstag mitzunehmen. Hier geht es nicht nur um Jugendarbeit, sondern um die Existenz der Kommunen. Es hilft uns auch kein Konjunkturpaket, wenn wir die einfachsten Dinge nicht mehr finanzieren können.

Herr Bergmann stellt fest, dass auch eine Menge Desinformation im Umlauf ist. Das vielgescholtene neue FAG hat durchaus seine Vorteile, das würden wir erst dann merken, wenn wir zum alten zurückkehren. Der Unterschied ist, dass nach dem Steueraufkommen in diesem Jahr, wenn wir das FAG nach alter Struktur aufmachen würden, 1,4 Mrd. Euro im System wären, jetzt sind 1,6 Mrd. Euro im System, d. h., das Land stellt 200 Mio. Euro mehr zur Verfügung als es nach dem alten FAG müsste. Natürlich gibt es eine Umverteilung. Diese Differenzen, diese enormen Summen von 2009 auf das nächste Jahr, die hängen natürlich auch mit der Überzahlung zusammen. Die Rückzahlung kann auf drei Jahre gestreckt werden, das entlastet die Kommunen noch mal. Dann werden die Kommunen noch mal feststellen, dass sie besser weg kommen als es nach dem alten aussieht. Wir werden uns auf ein, zwei enge Jahre einstellen müssen. Das hat nichts mit der Vernachlässigung der Altmark zu tun, so ist die Situation, die wir haben.

Herr Dr. Kühn stellt fest, dass alle dafür sind, diese Stellungnahme abzugeben.

zu TOP 10 Anfragen und Hinweise

Herr Dr. Kühn bittet noch einmal darum, dass, wenn ein Ausschussmitglied an einer Sitzung nicht teilnehmen kann, er sich per Telefon entschuldigt und seinen Stellvertreter bittet, an der Sitzung teilzunehmen.

Als zweites regt er an, dass Themen angesprochen werden, die dann im nächsten Ausschuss behandelt werden. Gibt es Vorschläge? Ich hatte bei der letzten Sitzung die stationäre Jugendhilfe angesprochen.

Herr Graubner möchte über die internationale Jugendbegegnung, die vorgesehen ist, unterrichtet werden.

Frau Müller erläutert, dass es einen Antrag von einem Träger gibt, haben dieses in den letzten Jahren gar nicht mehr gefördert; wir haben jetzt vorgeschlagen, einen kleinen Teil in die Förderung mit reinzunehmen, so dass dem Antrag entsprechend der Förderrichtlinie Rechnung getragen werden kann.

Frau Panse teilt mit, dass es in diesem Jahr schon ein gemeinsames Treffen mit Jugendlichen aus verschiedenen Ländern (Frankreich, Sri Lanka, Afrika usw.) und aus der Jugendwerkstatt Hindenburg gab. So ein Austausch-treffen bringt viel mehr als irgendwelche Filme oder Berichte oder Empfehlungen.

Herr Zürcher war das erste Mal im JHA und konnte auch die Auseinandersetzung spüren, wo kommt in Zukunft das Geld her für die Jugendarbeit. Im September hatten wir eine Zukunftswerkstatt und wollen den Prozess auch fortführen. Dort kam sehr viel Positives rüber. Ein Gedanke kam auf, dass wir versuchen sollten, ein Konto bei der Sparkasse mit zwei Zweckbestimmungen einzurichten, einmal „Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum“ und „Kinder und Jugendliche in Not“, und bittet den JHA, darüber nachzudenken, ob wir mit gutem Zeichen vorangehen und unser Sitzungsgeld dort mit reingeben. Auch die Stadtwerke könnten sich z. B. vorstellen, Gelder für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Es geht um unsere Kinder und Jugendlichen, und wenn wir ein Zeichen setzen könnten, wäre das nicht schlecht.

Herr Dr. Kühn beendet den öffentlichen Teil um 19.55 Uhr.

Da es keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil gibt, wird der Ausschuss um 19.55 Uhr beendet.